

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.  
Bezugspreis vierteljährl. 1,50 M.,  
ohne Postgebühren. Nur Post-  
bezug. Bestellung bei allen Buch-  
handlungen. Geschäftsstelle Berlin S. 24,  
Lützowstr. 69 I. Fernr.: 2721. 2622.

Angabenpreis  
die vierzehntägige Beilage 20 Pf.,  
für Verbandsmitglieder 10 Pf.,  
Bestellungsgebühren 2 Pf., Verbands-  
mitgliedsgebühren 20 Pf. Der An-  
gabenpreis ist vorher zu erheben.

Nr. 33.

Berlin, den 10. August 1919.

35. Jahrgang.

## Vom Verbandstag.

Wie uns kurz vor Schluß des Blattes noch telegraphisch mitgeteilt wird, ist der Verbandstag in Würzburg erst am Montag, den 4. August, spät abends beendet worden. Bei der Wahl des Verbandsvorstandes wurde zum ersten Vorsitzenden der Kollege Eugen Hauelsen (bisheriger Verbandskassierer), zum zweiten Vorsitzenden Wilhelm Garder und zum Verbandskassierer Friedrich Vender gewählt. Der bisherige erste Vorsitzende, Kollege Emil Kloth, hat auf seine Wiederwahl verzichtet.

## Bericht vom Verbandstag.

In letzter Nummer ist in dem Bericht über die Vorbesprechung gesagt, daß Herzog-Berlin beantragt, zu den ersten vier und zum 6. Punkt der Tagesordnung je einen Korreferenten zuzulassen. Das ist nicht richtig, Herzog beantragte diesen Korreferenten nur zu den ersten zwei Punkten.

### 2. Verhandlungstag.

Kaspar-Berlin: Wenn gesagt wurde, daß im Anfang des Krieges unsere Kollegenschaft, wie die Arbeiterschaft im allgemeinen für den Siegeswillen eingetreten war, dann sollte die Rede Eziels zeigen, daß auch Gruppen vorhanden waren, die anders wollten. Leider werde der einzelnen Opfer des Krieges zu wenig gedacht. Der Siegeswille des Krieges hat die Länge des Krieges veranlaßt. Er begrüßte es, daß Michaelis verlange, daß er nicht so rücksichtslos behandelt werde, daß man vielmehr ausgiebige Kritik üben solle. Er bedauere die Mundschau-Kritik des Dr. G. S. In deren Stelle sollten andere Sachen stehen, die dem proletarischen Empfinden der Kollegenschaft besser Rechnung tragen. Weiter bemängelt er die Aufforderung zu den Sammlungen für die Heimgekehrten und die textliche Anordnung der Protestresolution über die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Auch sein Artikel „Aus dem Felde“ im März 1917 atme noch einen anderen Geist als seine Arbeiten aus der letzten Zeit, die erkennen lassen, daß er jetzt auf einem etwas anderen Standpunkt steht. Die Kriegszeit scheint nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben zu sein. Weiter beschäftigte er sich mit der Redaktionsführung Kloth's und dessen Artikel in den bürgerlichen Zeitungen, die er scharf verurteilte. Seine Tätigkeit als internationaler Sekretär habe auch die ausländischen Buchbinderverbände, vor allem den schweizerischen, verblüht, was Kaspar aus Auslassungen des Schweizer Verbandsblattes zu beweisen suchte. Kloth habe eine grundsätzliche Auffassung von der Internationale.

Frau Thiel-Leipzig: Die Haltung der Gewerkschaftsführer zum Kriege ist entschieden zu verurteilen. Die Gefahr der Auseinanderreißung der Gewerkschaften habe nicht bestanden. Der Krieg habe sich nur gegen die internationale Arbeiterschaft gerichtet. Das mußte jeder erkennen und darum gegen den Krieg sein. Daß dies nicht geschah, lag an der falschen Erziehung durch die Führer. Die schamlose Ausbeutung der Arbeiterinnen durch die Unternehmer sei nicht möglich gewesen, wenn nicht die Gemeinschaft der Gewalthaber mit den Rechtssozialisten vorhanden gewesen wäre. Arbeiter- und

Jugendbeschäftigungen waren aufgehoben. Frauen wurden an die schwersten Maschinen gestellt und mit den geringsten Löhnen entschädigt. Die Gewerkschaften haben in jener Zeit entschieden versagt. Die berufliche Unfallstatistik während des Krieges werde erschreckende Zahlen zeigen. Die Gewerkschaftsführer haben Lohnbewegungen hintangehalten, weil sie selbst die größte Angst gehabt haben. Den Aussetzungen Kaspar's gegenüber den Anschauungen Kloth's von der internationalen Buchbinderbewegung stimme sie zu. Die Opposition gegen Kloth habe eingestiftet aus Anlaß seiner Kritik an der Genossin Zeitlin. Der Burgfriede ist nicht im Interesse der Arbeiterschaft vereinbart, sondern im Interesse der imperialistischen Regierungen. Die Arbeiterschaft hatte großen Schaden davon. Auch für die Verbesserung der Lage der Kollegenschaft sei nicht alles getan worden, was getan werden konnte. An allem sei der Indifferentismus weiter Kreise schuld, aber die Verbandsleitung in besonderem Maße, da sie es an der Aufklärung habe fehlen lassen. Die Leitungen haben kein Interesse daran, die Massen reif werden zu lassen. Aber die Massen werden diese Leitungen hinwegfegen. Die Opposition wird die Arbeiterschaft wieder zusammenführen. Daß Kollege Wienke in Leipzig festgestellt sei, habe nicht die Zeitung in Leipzig veranlaßt, sondern die Mitglieder in Leipzig. Er sei einer der Befürworter der Kriegspolitik gewesen. Auf diese Leipziger Angelegenheit und auf die Beschäftigung der Kollegin Schreihart geht sie näher ein. (Für diese Angelegenheit, wie auch für die übrigen Ausführungen der einzelnen Redner verweisen wir auf das baldigst erscheinende stenographische Protokoll. D. A.) Rednerin fordert größere Aufklärung der Massen in ihrem Sinne, einen Klassenkampf des gesamten Proletariats. Die Arbeiterschaft muß zu einer Einheit zusammengefaßt werden, um das Kapital zu stürzen, eventuell auch gegen unsere Führer.

Frau Rahn: Daß sie bis 1916 die Politik des Vorstandes mitgemacht habe, sei richtig. Aber sie habe dann umgelernt und es sei keine Schande, sich zu einem Besseren zu bekehren. Sie sei nicht mit allem einverstanden gewesen, doch sei sie oft vor vollendete Tatsachen gestellt worden oder man habe sie überstimmt. Die nationalistiche Haltung Kloth's sei an vielem schuld. Er sage wohl, die Gewerkschaften sollen nicht Träger der Politik sein, aber Kloth selbst handle nicht danach. Kloth habe sie öfters verpflichtet wollen, die Anschauungen der Mehrheit des Verbandsvorstandes in den Kreisen der Mitglieder zu vertreten. Das habe sie nicht tun können. Kloth habe sich auch mehrfach über die Beschlüsse des Vorstandes hinweggesetzt. An feiner Haltung haben fast alle Funktionäre unseres Verbandes zu leiden. Den Vorwurf der Kollegin Thiel, daß nicht genug getan worden sei für die Arbeiterinnen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, müsse sie zurückweisen. In dieser Frage sei alles geschehen, was möglich sei, doch habe dabei die Masse versagt, was gerade für Leipzig zutrefte.

Sölzel-Sirchberg: Er sei nicht als Parteilicher, sondern als Gewerkschaftler hier und verwerfe die Politik in der Gewerkschaft aufs schärfste. Die Gewerkschaften haben nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Die Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsführer müsse er zurückweisen, wenn er auch die journalistische Tätigkeit Kloth's nicht gutheißt. In der Hauptsache aber sei er und mit ihm

die Mehrzahl der Provinzkollegen mit der Tätigkeit der Verbandsleitung einverstanden. Er verlangt, daß die Kosten für Konferenzen zu Lohnbewegungen auf die Verbandskasse übernommen werden, da auch die Kosten für den 4-Städteartikel von der Verbandskasse getragen werden. Er würde bedauern, wenn wir nicht zur Einigung kommen würden.

Cohen, Vertreter der Generalkommission. Er wünsche, daß alle Arbeiter zugehen würden, daß jeder Fehler gemacht habe. Jeder habe das getan, was er für richtig gehalten habe. Eine Verständigung scheine ihm dringend notwendig zu sein. Er müsse bedauern, daß deutsche Arbeiter im Ausland nichts Besseres wußten als über die deutschen Gewerkschaften zu schimpfen. Die Generalkommission oder die Vorstandskonferenzen haben nie einen Einfluß auf die Reichstagsfraktion in bezug auf die Bewilligung der Kriegskredite ausgeübt, wie so oft behauptet werde. Aber als der Krieg da war, mußten sich die Gewerkschaften mit ihm abfinden und alles tun, um dann die Interessen der Organisationen zu vertreten, so wie es unter den damaligen Umständen notwendig und möglich war. Vor Ausbruch des Krieges wurde alles versucht, um eine Verständigung mit den ausländischen Arbeitern herbeizuführen. Das sei nicht gelungen, da die Unterhändler vom Kriegsausbruch in Paris überrascht worden seien. Die Internationale habe praktische Arbeit fast nicht geleistet, man habe sich fast immer nur mit schönen Resolutionen begnügt. Die Deutschen haben diese stets ernst genommen; ihre internationale Solidarität sei vorbildlich gewesen, wie am besten die Unterstützung des schwedischen Großstreiks gezeigt habe. Wenn jetzt in Amsterdam eine neue Internationale errichtet werde, dann müsse sie auf festerer und soliderer Basis aufgebaut werden, wenn sie praktische Arbeit leisten soll. Die Stimmung der Arbeiterschaft am Vorabend des Krieges und in den ersten Kriegstagen sei so gewesen, daß man um die Existenz der Gewerkschaften fürchten mußte. Der Gedanke eines Generalkongresses in jenen Tagen wäre Wahnsinn gewesen. Die Vorstände der Gewerkschaften haben nicht alles gebilligt. Die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“ befanden sich oft in Uebereinstimmung. Redner führt an, daß im August 1914 fast niemand gegen die damalige Politik aufgetreten sei. Die Arbeiterführer seien immer auf dem Posten gewesen, wenn es galt, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Die Behauptung, daß zur Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts getan worden sei, ist falsch. Man lese die Berichte der Gewerkschaften, die das Gegenteil finden und zeigen, daß vor allem auch für die Arbeiterinnen eingetreten worden sei. Der Mangel an gewerkschaftlicher Erziehung infolge des Indifferentismus großer Kreise ist die Ursache gewesen, daß nicht viel mehr erreicht werden konnte und nicht die Gewerkschaften oder deren Führer. Heute sei es anders, heute sei es eine größere Kunst, als Unorganisierte in den Betrieben zu stehen als früher als Organisierte. Wenn mancher heute oppositionell Gefinnungen einen Einblick in alle Akten nehmen könnte, würde er anders urteilen, als es ihm ohne diese Kenntnis möglich sei. Die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz ist erst gegeben worden, als für die Arbeiterschaft wesentliche Zugeständnisse errungen worden seien. Auf Grund dieses Gesetzes war die Möglichkeit gegeben, weitere praktische Arbeiten für die Arbeiter-

chaft zu leisten. Wo geringe Löhne gezahlt worden sind, da trifft in erster Linie die davon Betroffenen das Schuld, da sie den Mut zum Vorgehen nicht aufbringen konnten oder keine Zeit hatten, sich damit zu beschäftigen. Er schildert die Umstände, die beim Berliner Generalkongress im Januar 1918 zutage traten und kam zu dem Schluss, daß ein Gewerkschaftsführer die Pflicht habe, selbst das zu sagen, was unter Umständen für die Masse nicht gut zu hören sei: Ein erbärmlicher Wicht, der um seiner Woißhelle willen seine Ueberzeugung wechselt, aber noch erbärmlicher der, der einen andern aus seiner Stellung bringt um seiner Ueberzeugung willen. Ein solches Verhalten siehe noch unter dem des Unternehmers, der einen ihm mißliebigen Arbeiter entlasse. Es wurde verlangt, daß die politische Revolution zu einer sozialen werde. Das will jeder, aber die soziale Umstellung ist erst erfolgt, wenn eine längere Entwicklung zu diesem Ziel geführt hat. (Ausrufe: Der Anfang soll gemacht werden.) Kein Gewerkschafter kann zustimmen, daß aus dem Wontigen, das jetzt noch vorhanden ist, ein Trümmerhaufen wird, wer ein besseres Leben will, muß dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft einig zusammensteht, bis alle Wirtschaftspragen im Interesse der Arbeiterschaft gelöst sind. Das setzt eine Kenntnis der Wirtschaftsvorgänge voraus, die wir uns erst aneignen müssen. Das muß auch dem Groß unserer Gewerkschaftler gesagt werden. Dann würden dieses manche verstehen. Die von Gabel vorgelegte Resolution betreffe in ihrem ersten Teile Angelegenheiten, die auf einen Parteitag gehörten. Der letzte Teil derselben trage Konsequenzen in sich, die die Antragsteller kaum voll erfasst haben können, denn sie bedeuten letzten Endes die Zerreißung der Gewerkschaft. Wer das nicht will, der müsse die Resolution ablehnen.

Inzwischen ist folgende Resolution eingegangen: Die jetzige wirtschaftliche Lage macht in Zukunft mehr noch als bisher starke, innerlich geschlossene gewerkschaftliche Organisation notwendig. Mehr noch als bisher muß auch der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg unserer Berufsangehörigen durch unseren Verband gefördert und geschützt werden.

Der 13. Verbandstag ist mit der Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ in manchen Fällen während der Redaktionsmängelzeit des Kollegen Kloth, sowie auch dessen journalistische Tätigkeit in hängeligen Wätern, nicht einverstanden und kann sie nicht billigen.

Der Verbandstag verlangt, daß gemäß des einstimmig gefassten Beschlusses des Rarburger Gewerkschaftskongresses der Verbandsvorstand und Redaktion der beiden sozialdemokratischen Parteien gegenüber völlige Neutralität bewahrt und auch sonst alles tut, was im Sinne des obigen Beschlusses liegt. Demgegenüber erkennt der Verbandstag an, daß der Verbandsvorstand einschlägig des Vorliegenden Kloth bestrebt war, die Interessen der Kollegenschaft auf gewerkschaftlichem Gebiet zu wahren.

Der Verbandstag spricht deshalb die Ueberzeugung aus, daß unter Jurisdiktion der uns jetzt trennenden Frage die Einheitsfront hergestellt werden muß, um die zweifellos schweren wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft siegreich bestehen zu können.

**Suber-Winter (Karlsruhe).**

Durr-Lahr: Mit unerschöpflichen Debatten ist uns nicht gedient, wir brauchen praktische Arbeiten, die unsere Kollegenschaft vorwärts bringen können. Es ist heute leicht zu kritisieren, nachdem man alles übersehen kann. Es sei durchaus nicht wahr, daß die Masse der Arbeiterschaft beim Kriegsbeginn auf eine Aktion zur Durchführung eines Generalkongresses gewartet habe. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir ungezählte Tausende von Mitgliedern, die erst jetzt zu uns gekommen sind, erst zu Gewerkschaftlern erziehen müssen. Viele von denen denken noch immer, daß sie mit einigen wenigen Beiträgen ihre Wirtschaftslage verbessern können. Unser Verband habe getan, was er konnte, um unseren Mitgliedern zu helfen. Die Vorwürfe gegen die Zeitung seien darum unberechtigt. Wir dürfen nicht Parteipolitik treiben in unseren Gewerkschaften, sondern durch Ausschaltung dieser an der Einheit unserer Bewegung arbeiten. Mit Kloth's Polemik sei er nicht immer einverstanden, wenn sie auch sachlich wichtig war. In der Form habe er manchmal über das Ziel hinausgeschossen. Einem Antrag:

Die Kosten für die am 18. Mai d. J. abgehaltene Kartikongresse zum Zweck der Aufhebung von Forde-

tungen zu dem für die Provinz Schlessen zu schaffenden Tarife werden von der Verbandskasse übernommen.

**Bruck.**

Schlicht er sich an. Die Tariffstädte brauchen kein Vortrecht. Die Resolution Gabels bittet er zurückzuweisen. Wenn die Resolution die Arbeitsgemeinschaft ablehne, dann ist damit auch für unsere Provinz die Tarifffrage erledigt. Da werde natürlich die Provinz nicht mitmachen können, die fürmlich nach einem Reichstarif verlange. Die Annahme der Resolution Gabel stellt uns vor die Gefahr, daß wir die Massen, die in den letzten Monaten zu uns gekommen sind, wieder verlieren und nie wird es uns möglich sein, sie wieder zu uns zu bekommen. Die Gewerkschaftsarbeit des Vorstandes sei noch mit keinem Wort kritisiert worden. Das zeige wohl, daß er seine Pflicht getan habe. Der Vorstand habe alles getan, für die Kollegenschaft herauszukommen, was möglich war. Wir müssen zu einer Einheit kommen im Interesse der Kollegenschaft.

Von Stückwischschreiben der Zahlstellen Hannover und Bielefeld nimmt der Verbandstag mit Dank Kenntnis.

Nach der Mittagspause erstattet die Randatprüfungs-Kommission Bericht. Anwesend 104 Delegierte. Proteste lagen vor gegen den 1., 4., 16., 17. und 20. Bezirk. Proteste gegen den 1. und 20. Bezirk sind zurückgezogen. Aus dem 28. Bezirk liegt eine Resolution vor, die das Zulassen einer Stimmenscheidung verlangt, damit auch einmal eine kleine Zahlstelle einen Delegierten entsenden kann. Der Verbandstag beschloß die Anerkennung der angezweifelt Mandate. Thalesheim-Wieppig wünscht eine gerechtere Berechnung bei der Feststellung der Delegiertenzahl, da durch die Zugrundelegung von Volkszählern die Zahlstelle Leipzig um 5 Delegierte geschwächt worden sei. Harber gibt die Gründe bekannt, die den Verbandsvorstand zu diesem Modus veranlaßt hatten. Es geht die Zehntausende von Mitgliedern in etwas zu berücksichtigen, die erst im 1. Quartal in den Verband eingetreten seien.

Darauf wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Die Diskussion über die Geschäftsberichte wird fortgesetzt.

Brunow-Hamburg. Die Hamburger haben von jeder auf dem Standpunkt gestanden, daß die Gewerkschaften politisch neutral sein sollen, ganz besonders nach den Erfahrungen der letzten Jahre. Die Resolution Gabels verlange das Gegenteil. Die Hamburger können das nicht mitmachen. Dies erklärt er im Namen der Gesamtmitglieder Hamburgs. Die Politik des Verbandsvorstandes und des Kollegen Kloth sei vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu beurteilen. Auch Gabel habe zugegeben, daß die Verbandsleitung nach Ueberzeugung richtig gehandelt habe. Auch Brunow ist der Ueberzeugung, daß jeder vom Sturm der Masse weggesetzt worden wäre, der sich gegen die damals herrschende Meinung gestemmt habe. Wo sind die Opponenten in den ersten Kriegsmonaten gewesen? Da hat man nichts von ihnen gesehen. Bis zum Ausbruch des Krieges haben unsere Führer ihre Pflicht getan, alles aufzubieten, um den Krieg zu vermeiden und später haben sie alles getan, was ihn zum Abschluß bringen konnte. Nur die Arbeiterschaft selbst ist schuld, daß wir jetzt nicht weiter sind. Es fehlte ihr die Einigkeit.

Suber-Winter-Karlsruhe. Wir sollen nicht über parteipolitische Angelegenheiten reden, sondern über unsere zukünftigen gewerkschaftlichen Aufgaben. Die erste davon ist die Einigkeit unserer Kollegenschaft. Da sollen wir es unsern Unternehmern gleich tun, die sich jetzt in einem einheitlichen Verband der Papierindustrie zusammengelunden haben. Diesem Zweck dient die Resolution Gabels nicht, sondern dem Gegenteil. Wer auf dem Boden der Reichspartei steht, ist noch lange kein Arbeitervertreter. Die Provinz stützt den Verband weit mehr als die Berliner und Leipziger. Wer es ernstlich mit der Organisation meint, muß für eine Einheitsfront eintreten, die allerdings nicht auf dem Boden der proletarischen Diktatur oder des Rätesystems aufgebaut sein kann. Die Tätigkeit des Kollegen Kloth als Redakteur und seine journalistische Tätigkeit werde auch von vielen verurteilt, die ihm sonst nahesteht. Man müsse ihm aber den guten Glauben

zusprechen, da gegen seine gewerkschaftliche Tätigkeit nicht eingewunden sei.

Müller-Leipzig schließt sich dem Korreferat Gabels voll an. Er geht auf Leipziger Differenzen mit Kloth und Wienide näher ein und verurteilt die Tätigkeit des letzteren. Auch er habe die Aufgabe, nicht Zersplitterung, sondern die Arbeiterschaft vorwärts zu treiben. Die Tätigkeit der Gewerkschaften während der Kriegszeit ist nicht so gewesen, daß die Arbeiterschaft davon Nutzen gehabt hätte. Er empfiehlt die Resolution Gabel.

Harber-Berlin: Es ist vielleicht gut, daß die Einladung der Grifler einmal gekommen ist, aber man soll doch die gewerkschaftliche Seite nicht ganz unbeachtet lassen. Ein Teil sieht die Gewerkschaften als Vorhüllen der Partei an, der andere als selbständige Institution, die da sei, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Haltung Kloth's ist immer diktiert von den Erwünschungen des Verbandsvorstandes, der hinter ihm steht, ohne allerdings mit jedem Wort, was Kloth gebraucht hat, einverstanden zu sein. Durch den Krieg ist die Erwerbsmöglichkeit der Arbeiterschaft abgeschnitten gewesen, da mußte die Gewerkschaft eingreifen und das Verste von der Kollegenschaft abzuhalten suchen. Die Gewerkschaften haben in ehrlicher Weise dafür gewirkt, daß der Krieg so bald als möglich zum Abschluß komme. Er schildert die Verhältnisse in unserer internationalen Buchbinderbewegung, die nie in einem rechten und festen Verhältnis gestanden sei. Man solle niemand den Vorwurf machen, daß er nicht im Felde war, alle haben Opfer gebracht, auch die, die zu Hause geblieben sind. Man habe niemand gern hinausziehen sehen. Wenn wir gleich zu Beginn 11 000 Arbeitlose hatten, dann war das Grund genug, bei Lohnbewegungen in den ersten Kriegsmonaten vorsichtig zu sein. Dann aber hat auch unser Verband alles aufgebieten, um die Lohnverhältnisse zu bessern. Das müsse auch die Kollegin Thiel anerkennen. Auch sie hat bei Verhandlungen sehen müssen, daß das Reuherste von den Unternehmern herausgeholt worden sei. Aber auch sie habe ihre Kolleginnen nicht dazu bewegen, durch Einsehen ihrer Person noch mehr zu erreichen. Sie dürfe also auch dem Verbandsvorstand keinen Vorwurf machen, wenn er nicht anders konnte. Auch für die Provinz ist alles getan, was möglich war. Aber es liegt meistens an den Kollegen selber, wenn sie nicht mehr erreichen. Was man dem Kollegen Wienide und Frau Schreiber zum Vorwurf mache, berühre gewerkschaftliche Fragen.

Jünemann-Berlin: Es ist lieblich das Verdienst des Kollegen Kloth, daß wir diese Debatte haben. Kloth habe immer übersehen, daß ein großer Teil der Verbandsmitglieder eine andere Anschauung hat, als er. Das Gift des Dienstes hat bewirkt, daß man seine Meinung nicht offen sagen konnte. Die Opponenten wurden als Zersplitterer hingestellt, obwohl auch sie nur das Beste für die Organisation gewollt haben. In entscheidenden Fragen hat es im Verbandsvorstand immer zwei Richtungen gegeben, doch wollte er anerkennen, daß das Zusammenarbeiten im Verbandsvorstand stets ein gutes gewesen sei. Auch in bezug auf die Arbeitsgemeinschaft siehe er auf anderem Boden als Kloth. Das Kapital siehe wieder oben auf — und das bedinge eine einheitliche Kampffront, die er dringend für notwendig halte. In seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit hat Kloth alles getan, was er konnte. Wenn die Erfolge nicht immer so gewesen seien, wie jeder es wünsche, dann liegt das an den Verhältnissen, die stärker sind als Menschen. In dieser Sache sind ihm keine Vorwürfe zu machen.

Pfüge-Chemnitz: Wenn Gabel die Einheitsfront fordert, dann muß er auch tolerant sein und die besten Absichten auch bei der andern Seite anerkennen. Ohne dem gibt es keine Einigkeit. Es sei nur zu wünschen, daß sich die Wortführer der Opposition um Aufstellungen im Verband bewerben möchten. Sie würden dort die beste Schule durchmachen und erkennen müssen, daß manches anders kommt, als man denkt. Die gewerkschaftliche Tätigkeit in der Provinz ist eine sehr intensive gewesen, die Zahl der Lohnbewegungen ist so groß, daß die Arbeit kaum noch geleistet werden kann. Es ist also nicht richtig, daß die Kollegenschaft der Provinz nicht tätig sei zur Verbesserung ihrer Verhältnisse. In der





Wenn die Parteipresse Arbeiten, die zu publizieren un Interesse der Arbeiterchaft gelegen ist, ablehnt, dann müsse er sich an bürgerliche Zeitungen wenden. Es gebe nicht an, daß die Parteipresse Arbeiten unterdrückt, die ihr nicht gefallen. Die Arbeiterführer haben die Pflicht, zu sagen, was sie für richtig halten, und sie müssen die Mittel dazu wählen, die ihnen zur Verfügung stehen. In der Parteipresse können fast nur Parteiliteratur zum Wort, nicht aber die Stimme des Volkes. Diese habe einzig in der Gewerkschaftspresse den Platz, an dem sie sich äußern könne. Sein Eintreten für die Wehrhaftigkeit Deutschlands könne kein Verbrechen sein, da auch das Programm der Kommunisten für eine solche Wehrhaftigkeit eintrete. In Gabels Ausführungen, auch in seinem Schlusswort, müsse man das Programm seiner Freunde vermissen. Dies kennen zu lernen, sei aber sehr notwendig.

Der Bericht des Ausschusses enthalte leider keine Angabe über die Art der bei ihm eingebrachten Beschwerden, sondern bezogde eine Herabziehung seiner Person. Der Bericht sei dadurch außerordentlich dürftig. Er geht auf diese Berichte näher ein und macht dem Ausschuss den Vorwurf, bei Erledigung von Beschwerden nicht korrekt vorfahren zu sein. Dieser sei an viele Sachen mit vorgefaßter Meinung heranzutreten und habe meistens gegen ihn Stellung genommen, ohne mit Beweisen aufzuwarten. Es sei nicht angebracht gewesen, einen der Redakteure gegen den anderen auszuspielen.

Weiter geht er auf die Verhältnisse in Berlin ein. Die Bestimmungen des Statuts werden von der Rahfstelle Berlin gering geschätzt, z. B. bei der Bevollmächtigtenwahl. Eine Branche habe einen Antrag angenommen, einen Kollegen anzustellen, der erst einen Beitrag geleistet habe. Der Beschluß ist allerdings nicht nur nicht durchgeführt, sondern die Absicht ist aufgegeben worden. Kloth schildert die Umstände beim Berliner Kartonnagenstreik, der nicht notwendig gewesen wäre, da durch die Schlichtungsausschüsse mindestens das gleiche erreicht worden wäre. Die Verteilung der Geschäfte in der Rahfstelle sollte mit dem Verbandsvorstand geregelt werden. Eine Besetzung vom Verbandsvorstand gewünschte Sitzung hat noch immer nicht stattgefunden. Die Verwaltung der Rahfstelle ist einseitig zusammengesetzt, da jeder Funktionär sich vor seiner Wahl zum revolutionären Märtyrer bekennen müsse. Die Finanzwirtschaft der Rahfstelle ist eine völlig ungeheure, da die Rahfstelle aus dem Vollen wirtschaftet, ohne die Mittel dazu zu haben. Die Finanzlage der Rahfstelle ist die denkbar schlechteste. Wenn die Zusammenziehung des Verbandsvorstands eine gleiche wird wie die der Rahfstelle, dann wird unser Verband bald ruiniert sein.

Gegen die Ausführungen der einzelnen Disziplinspedner nimmt Kloth entschiedene Stellung. Er habe nie auf eigene Faust Politik getrieben, sondern sich immer nach dem Willen des Gesamtverbandes gerichtet. Er gebe zu, daß er aus den Erfahrungen von 1908 seine Lehre gezogen habe und müsse betonen, daß das Zusammenarbeiten mit den Kollegen im Vorstand, auch mit denen der anderen Richtung, stets ein gutes gewesen wäre. Es ist ein schmerzliches Gefühl, nach jahrzehntelanger Tätigkeit für den Verband sich sagen lassen zu müssen, die Interessen der Kollegenschaft nicht nach bestem Gewissen vertreten zu haben. Seine Ueberzeugung aber könne man ihm nicht rauben, daß er recht gehandelt habe. Wie werde er aufpassen können, unter solchen Umständen auf Mitarbeit an anderen Zeitungen zu verzichten. Sollte er nicht wiedergebührt werden, dann gebe er nicht leichten Vergessens, aber er könne seine Gesinnung nicht preisgeben. Sein persönliches Interesse habe er nie in den Vordergrund gehoben, das gelte seine ganze Vergangenheit. Viel besser sei es, einen, und zwar ihn zu opfern, als den ganzen Verband zugrunde zu richten. Mit der Resolution Überwinter befaßt könne er nicht Verbandsvorsitzender sein. Die Gewerkschaftsbewegung kann stolz darauf sein, daß ihre Führer aus dem Arbeiterstand hervorgegangen seien, und diese Tatsache habe sie groß gemacht. An der Leitung des Verbandes soll der Rückblick stehen.

Straußen empfiehlt in seinem Schlusswort, die Anträge 207 und 210 dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. An dem Klassen-

bericht seien Ausstellungen nicht gemacht worden. Er bilde sich nun nicht ein, daß er alles richtig und gut gemacht habe, er nehme vielmehr an, daß infolge der allgemeinen Kritik an der sogenannten Kriegspolitik der Gewerkschaften dem Klassenbericht nicht die genügende Beachtung geschenkt worden wäre. Den hauptsächlichsten Anpross der Kritik hätte der Verbandsvorstand und insbesondere der Kollege Kloth auszuhalten gehabt. Er selbst sei nicht mit alledem einverstanden gewesen, was Kollege Kloth geschrieben habe. Allein als Vorstandsmittglied habe er kein Recht, in die Redaktionsführung einzugreifen. Im Verbandsvorstand haben die Kollegen von der linken Seite sehr gut mit den übrigen zusammengearbeitet, politische Debatten hätten nicht stattgefunden. Kriegsangelehe sei nicht erworben worden. Er stehe aber mit Kloth und anderen Mitgliedern des Verbandsvorstandes auf dem Standpunkt, daß der Erwerb von Kriegsangelehe kein Fehler gewesen wäre. Denn alle Gelder, auch die, die Arbeiter auf die Sparkasse getragen hätten, seien der Kriegsangelehe zugeflossen. In fast allen rein gewerkschaftlichen Fragen, in denen Angriffe erfolgt seien gegen Kloth, trage er die Verantwortung mit und könne er sich daher mit Kloth solidarisch erklären.

Michaëlis bedauert, daß der Verbandstag zu seiner Tätigkeit fast nichts gesagt habe. Er äußert sich kurz zu den Komitas Klapsars. Daß der Verbandsauschuss einen der Redakteure gegen den anderen ausgespielt habe, sei wenig tatvoll gewesen.

Vergmann-Leipzig (Schlusswort für den 1. Teil des Ausschussberichts) geht auf einige gegen ihn vorgebrachte Vorwürfe ein. Kloth habe dem Ausschuss das Recht bestritten, über seine Redaktionsführung zu befinden. Daraus seien viele der Differenzen entstanden. In der Opposition, vor allem in Leipzig, trage Kloth die Hauptschuld. Die Differenzen würden noch schärfer zum Ausdruck gekommen sein, wenn nicht eine lange Freundschaft ihn mit Kloth verbinde.

Otto (Schlusswort): Der Ausschuss habe sich immer bewußt, objektiv zu urteilen, doch auch ihm können Fehler unterlaufen. Der Ausschuss führe jetzt eigentlich nur ein Scheinwesen, er müsse mehr Rechte erhalten.

Darauf folgen wieder eine große Anzahl persönlicher Bemerkungen und sachlicher Richtigstellungen. Die Resolution Gabel ist zurückgezogen und an deren Stelle die folgende eingebracht worden:

Infolge der unheilvollen Kriegspolitik der führenden Mächte ist das deutsche Wirtschaftsleben zusammengebrochen.

Das eine solche verhängnisvolle Kriegspolitik überhaupt betrieben werden konnte, war nur dadurch möglich, daß die opportunistischen Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei den Boden des Klassenkampfes verlassen und mit dem Vürgertum den Burgfrieden schlossen, die Arbeiter mit der unwahren Behauptung, Deutschland führe einen Vorkriegszustand — nachdem schon feststand, daß die deutsche Regierung Expansionsabsichten hatte —, sowie mit der Behauptung, es kämpfe um seine nackte Existenz, die nationalen Interessen der Arbeiter seien in Gefahr, zum Durchhalten aufzufordern.

In Wirklichkeit wurden die Arbeiter die Interessenvertreter des Imperialismus, der auf seinen Raub- und Beutezügen ungeheure Opfer an Gut und Blut dahingerafft hat. Durch die Zustimmung der proletarischen Vertreter zu den Kriegskrediten hatten diese sich in den direkten Gegensatz zu den Beschlüssen des Kopenhagener internationalen Sozialistenkongresses sowie der Baseler Friedenskonferenz.

Auch das Zustandekommen des arbeitserfindlichen Pflichtengesetzes gegen die Interessen des Proletariats ist ihr Werk, dem der Beitritt zu dem amerikanischen Volkstanz für Freiheit und Vaterland folgte.

Diese fortgesetzte arbeitserfindende Politik wurde nur nach Ausbruch der Revolution getränkt — nachdem der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung ausgebrochen und die Arbeiter freigelegt waren — durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der gesamten Unternehmerverbände mit den Gewerkschaftsführern. Das war der Abschluß der von den Gewerkschaftsführern lange angestrebten „Arbeitsgemeinschaft der Klassen“, der Ausöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Die regellosen revolutionären Proletarier wurden so um die Früchte ihres Sieges betrogen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat arbeitserfindliche Kriegspolitik offiziell betrieben.

In unserem Verbands ist in ganz besonderer Weise der Vorkriegsstand, welcher zugleich auch internationaler Charakter ist, ohne Legitimation seiner Mandatgeber in chaotischer Weise für die Politik erwerbungsstücker offenkundiger Kaufleute eingetreten und hat somit der internationalen Solidarität einen durch nichts zu rechtfertigenden Schlag versetzt.

Der Verbandstag verurteilt die Haltung dieser Kräfte während und nach dem Kriege, sowie die des Kollegen Kloth im besonderen und spricht ihm jedes Vertrauen ab.

Der Verbandstag erblickt in der gekennzeichneten Haltung einen Mißbrauch des Vertrauens, einen Verrat an den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse, sowie an den Grundsätzen des Sozialismus.

Die jetzige wirtschaftliche Lage macht jedoch in Zukunft mehr noch als bisher starke, innerlich geschlossene gewerkschaftliche Organisationen notwendig. Mehr noch als bisher muß auch der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg unserer Berufsangehörigen durch unseren Verband gefördert und gefördert werden.

Berzog (Berlin). Koberg (Bremen).

Der Antrag:

Die Kosten der im Gau 9 am 11. Mai in Erfurt stattgefundenen Vorstandskonferenz zum Zwecke einer einheitlichen Lohn- bzw. Tarifbewegung auf die Verbandskasse zu übernehmen,

sowie der Antrag zum Wahlreglement der Delegiertenwahl zum Verbandstag:

Sind in einem Wahlkreise nur zwei Kandidaten aufgestellt, als zu wählen sind, so braucht eine Wahl nicht stattzufinden,

wenn dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Abstimmung über die Resolution Berzog-Koberg wird bis nach Erledigung der ersten drei Tagesordnungspunkte zurückgestellt.

Der Verbandstag tritt nunmehr in den 2. Tagungsordnungspunkt ein. Der Referent Kloth verweist auf das großzügige Regierungsprogramm der bayerischen Republik, das sich im wesentlichen mit seinen Anschauungen über den Sieg des Sozialismus und über die Sozialisierungstrage deckt. Dieses Programm entspreche den Theorien von Marx. Die Grundfrage ist, daß die Arbeit in Gang kommt, da ohne diese niemals die Möglichkeit gegeben sei, unsere Bestrebungen durchzuführen. Es bleibe das Bedauerliche, daß die Arbeiterchaft politisch nicht einig und so nicht die notwendige feste Stütze der Regierung vorhanden sei, die eine Sozialisierung durchführen wolle. Die neuen Mitglieder der Gewerkschaften müssen erst noch geschult werden, trotzdem aber seien sie im allgemeinen am radikalsten. Die Gewerkschaften seien in der ersten Zeit der Revolution ausgeflohen gewesen, und zwar auf Wunsch der Parteiliste. Das sei ein Fehler gewesen, denn die Gewerkschaften werden bis zu einem hohen Grade die Träger der Umwälzung werden. Dazu gehöre entsprechende betriebswissenschaftliche Ausbildung der Arbeiterchaft. Die Arbeitsgemeinschaft sei die beste Möglichkeit der Aneignung dieser Kenntnisse. Die Planwirtschaft Wiffells werde nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht durchgeführt werden. Kloth gibt einen kurzen Ueberblick über die Grundgedanken des Wiffellschen Programms. Für das Papierfach ist ebenfalls ein Reichsausschuss eingesetzt worden, der eine mit weitgehenden Rechten ausgestattete Sachverständigenkommission darstelle. Die Zusammenziehung soll paritätisch sein, und das Gesetz, das diese Institution formell ins Leben rufen soll, sei bereits fertiggestellt. Das bedeute dann die Verankerung der Arbeitsgemeinschaft für das Papierfach. Der Gewerkschaftskongress hat die Arbeitsgemeinschaft anerkannt, obwohl eine Opposition gegen diese vorhanden sei. Auch bei uns macht sich der Widerstand bemerkbar. Es ist zu beachten, daß die Arbeitsgemeinschaft die logische Fortsetzung der Tarifpolitik sind. Wenn die Arbeiterchaft einen Einfluß auf die Betriebe, an der Geschäftsführung, am Absatz der Produkte, an Ein- und Ausfuhr und an allen Dingen, die mit der Betriebsführung zusammenhängen, haben wolle, dann müsse sie zunächst lernen, diese neuen Arbeiten zu verstehen, und das sei am besten durch die Arbeitsgemeinschaft möglich. Durch diese erhalte sie den besten Einblick in alle wirtschaftlichen Einrichtungen der Betriebe, die die Voraussetzung der Uebernahme der Betriebe sei. In den gesetzlich geplanten Reichsausschüssen und in deren Unterkommissionen sollen Arbeitervertreter sitzen. Die Unternehmer sind für Arbeits-



gemeinschaften. Sie werden dabei von der Erkenntnis geleitet, daß die alte Zeit vorbei sei und daß die Arbeiterschaft mehr Rechte haben müsse als früher. Eine Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft durch unsern Verband werde diese nicht befriedigen, sondern die andern Gewerkschaften werden dabei verharren und wir würden nur erreichen, daß wir keinen Einfluß auf unsere Betriebe erlangen könnten.

Die Betriebsräte könne er sich nur denken unter innigster Anlehnung an die Gewerkschaften. Er zitiert die Auslassungen Lenins zu diesen Fragen. Bei der Auswahl der Personen muß große Vorsicht obwalten, da es dabei nicht auf besondere Redegabe, sondern auf Verständnis für die praktische Arbeit ankomme. Auch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung wird erster Grundsatz sein müssen, aus wenig viel Produkte zu erzeugen. Die Sozialisierung kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden, es wird dazu vieler Jahre bedürfen. Nach einigen Zitate Lenins bespricht er eine Broschüre über neue wirtschaftliche Probleme, die von einem Redakteur des Buchdrucker-„Korrespondenten“ verfaßt sei. (Auf das dort niedergelegte Programm werden wir noch ausführlich eingehen. D. R.) Er behauptet, daß die Buchdrucker auf unserm Verbandstag nicht anwesend sind. Eine engere Verbindung mit den graphischen Organisationen sei nicht mehr zu umgehen, wenn auch die Buchdrucker anscheinend dieser direkt ablehnend gegenübersehen. Auch in der Frage der Betriebsräte müssen die graphischen Organisationen zusammenarbeiten.

Der Verbandstag spricht seinem Vorsitzenden Zünemann zu seinem am 28. Juli stattgefundenen 25 jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche aus, für die Zünemann seinen Dank zum Ausdruck brachte. Aus Berlin liegt ein telegraphisches Ersuchen um Erhöhung der Streikunterstützung vor.

Darauf werden die Verhandlungen nach ununterbrochener Tagung um 1/3 Uhr auf Donnerstag vertagt. Für den Nachmittag, hat die Würtzburger Kollegenchaft einen kleinen Ausflug zu Ehren des Verbandstages veranstaltet.

4. Verhandlungstag.

Ezerny als Korreferent zum 2. Punkt der Tagesordnung. Wir sind zusammengekommen, um neue Waffen zu schmieden und die alten zu schärfen. Eine dieser neuen Waffen ist das Rätekönigtum. Die Gegner dieses Systems wollen die alte kapitalistische Produktionsweise beibehalten oder doch diese nur in recht sanfter Weise anfassen. Die Anhänger des revolutionären Rätesystems aber wollen eine solche Mitbestimmung, daß durch diese die Durchführung der Sozialisierung gewährleistet wird. Darum die Feindschaft fast aller Gewerkschaftsführer, die alle fest auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen. Er gibt einen Ueberblick über die Entstehung der Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeiterschaft sehe diesen Schritt gegenüber, da in ihnen eine innige Zusammenarbeit mit dem Kapital zum Ausdruck komme. Die Arbeitsgemeinschaften stellen eine Bewahrung des Burgfriedens dar. Das schädige die Arbeiterschaft, die im Zeichen der Arbeitsgemeinschaften stehe. Das Kapital stehe frecher denn je da. Deshalb die zwei Richtungen in den Gewerkschaften. Die eine Seite steht in den Arbeitsgemeinschaften eine Fessel für ihr Vorwärtstommen, die andere bescheidet sich mit ihr. Die Arbeitsgemeinschaften wollen die Arbeiterausschüsse doch nur unter Voraussetzungen, bestehen lassen. Sie könne er nicht mitmachen. Er schilderte die Verhältnisse und die Entwicklung im Rheinland und gibt zu, daß dort große Fehler gemacht worden sind, vor allem auch darin, daß dort bei Ausbruch der Revolution die Betriebsleiter und das meiste technische Personal entlassen wurde. Nur mit Hilfe deutscher Kriegsgefangener ist die Industrie notdürftig aufrechterhalten worden. Wir dürfen nicht in dieselben Fehler verfallen. Es wird vielfach angenommen, daß durch das Rätesystem sogar eine zweite gewerkschaftliche Organisation aufgerichtet werden solle. Diesen Gedanken müsse er weit von sich weisen. Die Gewerkschaften haben ganz andere Aufgaben als die Räte. Deshalb kann nicht an die Stelle der einen Organisationsform die andere gesetzt werden. Die Gewerkschaften haben die Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Die Arbeiterräte sollen die Mehrwertwirtschaft beseitigen. Doch habe er die Auffassung, daß die Sozialisierung nicht von heute auf morgen durch-

geführt werden könne, aber der Anfang müsse gemacht werden. Dem sollen sich die Gewerkschaften nicht entgegenstellen, sondern mitwirken, daß sich die Arbeiterräte zu Betriebsleitern ausbilden. Er wisse ganz genau, daß die Arbeiterschaft noch schwere Kämpfe zu führen haben werde und dazu brauche sie notwendig die Gewerkschaften. Diese sind deshalb nicht überflüssig. Würden die Gewerkschaften die Aufgaben der Arbeiterräte mit übernehmen, dann kämen die Funktionäre oft in Konflikt mit sich selbst, da sie auf der einen Seite die Produktionsmehrung zu betreiben, auf der anderen Seite aber die Interessen der Arbeiter selbst zu vertreten hätten. Deshalb sind zwei verschiedene Organisationen mit vollständig getrennten Aufgabengebieten notwendig. Die Gewerkschaften sind aufgebaut auf den Beruf, die Arbeiterräte auf den Betrieb. Wir brauchen das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung der Arbeitskräfte. Das Rätesystem soll alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen. Je größer die Solidarität zwischen diesen beiden Gruppen, um so eher wird es zur Sozialisierung der Industrie kommen. Den größten Widerspruch finde das Rätesystem, weil mit ihm das Prinzip der Diktatur des Proletariats verbunden werde. Er glaube nicht an eine Demokratie vor der Sozialisierung. Da die Mehrheit der Bevölkerung Arbeiter seien, könne man nicht von einer Diktatur der Minderheit reden. Man solle nicht mit dem Begriff Diktatur, den Begriff der Fäulnis und Gemaltaten verbinden. Stärker als Kanonen ist die wirtschaftliche Macht der Arbeiter. Diese müsse deshalb zur Anwendung kommen zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Er bringt folgende Resolution ein:

„Der 13. Verbandstag stellt sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes.“

Eines der wichtigsten Kampfmittel der Arbeiterschaft sind die Arbeiter- und Betriebsräte, die berufen sind, bei der Sozialisierung der Gesellschaft die entscheidende Rolle zu spielen. Sie sind die berufene Vertretung der wertvollen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Der Verbandstag erwartet, daß die Funktionäre unserer Gewerkschaft diesem Kampf des Proletariats nicht teilnahmslos oder gar feindsüchtig gegenüberstehen, sondern ihre volle Unterstützung angeben lassen.“

Wayer - München. Er bedanke sich für die Diktatur, da er davon in München genug bekommen habe. Es sei nicht notwendig, die Diktatur mit dem Rätesystem zu verbinden. Den Anhängern der Diktatur sind in München große Illusionen vorgemalt worden. Es sei in München gefährlich gewesen, sich während der Räteregeung als Gewerkschaftler zu bezeichnen, so unzulässig sind die Unabhängigen und Kommunisten gewesen, die die Räteregeung bildeten. Er schildert Münchener Zustände während der Rätezeit, deren Spuren schreien müssen. Es sei leicht, Hunderttausende für das Ideal der Diktatur zum Generalstreik zu bewegen, wenn man verlange, der Unternehmer solle die Streitzeit bezahlen. Die Diktatur wäre in den ersten Novembertagen durchzuführen gewesen, aber da haben die Unabhängigen es verhindert durch ihre Inaktivität. Die Münchener Verhältnisse veranlassen ihn, die Frage der Betriebsräte nur von der wirtschaftlichen Seite anzusehen, und er müsse den Verbandstag dringend ersuchen, das gleiche zu tun.

Klotz: Ezerny soll doch einmal sein Programm vorbringen und praktische Vorschläge machen. Ezerny habe sich offensichtlich bemüht, in seiner Resolution einen gewissen Gegensatz zu seinem (Klotz) Anschauungen zu bringen, aber in vielen Punkten seien sie doch einer Ansicht, und wo das nicht der Fall gewesen sei, da habe er keine praktischen Vorschläge gemacht, wahrheitsgemäß nicht machen können. Die Spuren Aufstands schreien, desgleichen die von Ungarn, wo wohl hohe Löhne gezahlt werden, die aber keine Kaufkraft haben. Nicht mit allgemeinen Redensarten soll man operieren, sondern mit positiven Vorschlägen. Auch Ezerny habe zugegeben, daß die Betriebsleiter zunächst nicht zu entbehren sind, da die Arbeiterschaft noch nicht die Kräfte habe, um diese zu ersetzen. Es gehöre jetzt mehr Mut dazu, der Klasse die Wahrheit zu sagen als wir früher, da diese von vielen zweifelhaften „Freunden“ jetzt umschmeichelt werden. Wenn die Sozialisierung durchgeführt werden soll, dann wird mindestens eine Generation noch vergehen. Mit der Forderung auf volle Mitbestimmung bei Einstellung und Entlassung sind alle einverstanden. Die Diktatur des Proletariats habe bisher nur schlechte Proben abgelegt.

Bei Besetzung der Berliner Zeitungsbetriebe haben die Unabhängigen sogar das Verhandeln mit den Gewerkschaften abgelehnt. Die Beschaffung der Rohstoffe, Regelung der Ein- und Ausfuhr usw., kann nur mit Hilfe der sachverständigen Mitarbeiter der Betriebsleiter durchgeführt werden. Klotz legt dem Verbandstag folgende Resolution vor:

„Der Verbandstag erklärt: Die Gewerkschaften werden noch auf lange Zeit die beruflichen Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sein.“

Zu Erfüllung dieser Aufgabe ist es notwendig, daß unsere Zeitungsorganisationen zu Reichsorganisationsgemeinschaften ausgebaut werden und in den Arbeitsgemeinschaften ihre Erweiterung finden, damit das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sowohl in allen sozialen als auch in wirtschaftspolitischen Fragen gewahrt wird.

Als Grundlagen für das fernere Wirken der Gewerkschaft erachtet der Verbandstag die Beschlüsse des Gewerkschaftstages zu Nürnberg betreffs der Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, der Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte und der Arbeitsgemeinschaft für nützlich.

In Bezug auf die Betriebsräte erklärt der Verbandstag, daß sie nur segensreich wirken können, wenn die sachverständigen Kollegen und Kolleginnen ohne Ansehen ihrer Parteizugehörigkeit in sie hineingewählt werden, und wenn sie sich der Führung der Gewerkschaften unterstellen.

Ferner erachtet der Verbandstag ein geschlossener Zusammenarbeiten der Gewerkschaften der Papierzeugung und Papierverarbeitung als bisher, für dringend notwendig.“

Zwangsbewirtschaftung des Leders.

Wir halten es für durchaus wünschenswert, daß unsere Leser über diese wichtige Frage orientiert werden, und bringen aus der „Frankfurter Zeitung“ nachstehenden Artikel ohne uns mit dem Inhalt und der Tendenz völlig einverstanden zu erklären. Sie schreibt:

„Obgleich von allen Seiten der Schrei nach Befreiung aus dem Fesseln der Zwangsbewirtschaftung ertönt, können sich die maßgebenden Stellen noch nicht zu dem erlösenden Wort entschließen. Dabei stellt sich die Zwangsbewirtschaftung des Leders immer mehr als ein System der Willkür und ungläubiger Bevorzugung einzelner Firmen heraus, die es verstanden hatten, ihre Beziehungen zu den maßgebenden Organen während des Krieges besonders nutzbringend zu gestalten. Die Verteilung der vorhandenen Rohfellmengen geschah allerdings offiziell nach einem Schlüssel der auf Grund der Friedensproduktion der Lederfabrikanten aufgestellt war; dabei sollte jedem Fabrikanten nur Rohware für diejenigen Artikel zugeteilt werden, die er vor dem Kriege hergestellt hatte. Trotzdem wurden einigen wenigen Fabrikanten dauernd ganz besondere Privilegien zuteil, so daß gewisse Lederfabriken fortwährend im Ueberfluß an Rohware schwammen, und das zu einer Zeit, wo andere Fabriken aus Mangel an Zuteilungen ihren Betrieb schließen mußten.“

Geradezu unhaltbar sind die Verhältnisse in der Lederbranche im besetzten Gebiete. Vor der Besetzung der Rheinlande wurde die Beschlagnahme für rohe Häute, Felle und Leder aufgehoben, dagegen sollten trotz des freien Handels die Höchstpreise dafür bestehen bleiben. Daß eine derart übertriebene Verfügung undurchführbar war, ist selbstverständlich. Sofort nach Aufhebung der Beschlagnahme schneitten die Preise der rohen Häute in die Höhe, und da gleichzeitig die Zuteilungen von Rohware durch die Kriegsglieder A.-G. aufhörten, sahen sich die Lederfabriken des besetzten Gebiets vor die Alternative gestellt, entweder die Höchstpreise zu überschreiten oder ihre Betriebe aus Mangel an Rohware zu schließen. Obgleich es bekannt ist, daß seit der Aufhebung der Beschlagnahme im besetzten Gebiet auch nicht ein Fell zu Höchstpreisen gekauft werden konnte, verlangt die Deutsche Leder-A.-G. von den linksrheinischen Fabrikanten die Unterzeichnung eines Scheines worin sie sich verpflichten, die Höchstpreise im Ein- und Verkauf nicht zu überschreiten. Viele Fabrikanten waren ehrlich genug, die Unterzeichnung des Scheines zu verweigern, da sie wissen, daß die Erfüllung der eingehenden Verpflichtungen unmöglich ist. Daraufhin hat ihnen die Deutsche Leder-A.-G. die Zuteilung von Gerbstoffen und Rohstoffen gesperrt. Einige Fabrikanten sind, um die Beziehungen zu der Deutschen Leder-A.-G. aufrechtzuerhalten, auf den ingeniosen Einfall gekommen, gegen Rohfelle, die ihnen zum Höchstpreise geliefert werden, Leder zu Höchstpreisen umzutauschen. Sie überschreiten also nicht selbst die Höchstpreise im Ein- und Verkauf, veranlassen aber wissentlich diejenigen, mit denen sie derartige Transaktionen machen, sowohl im Einkauf der Rohware wie beim Verkauf der Leder die Höchstpreise zu überschreiten. Die Folge dieses Systems ist, daß das Geschäft in Rohfellen und Leder

heute zum großen Teil in den Händen von Schiebern liegt und der legitime Handel fast gänzlich ausgeschaltet ist. Die geschäftliche Moral ist durch die Zwangsbewirtschaftung auf einen Tiefstand gekommen, der dem ethischen Fabrikanten die Existenz zur Unmöglichkeit macht. Wenn die Regierung nicht bald ein Einsehen hat und der Lederindustrie die Freiheit des Handels wiedergibt, wird unsere einst so blühende Lederindustrie sich bei dem demnächst einsetzenden Wettbewerb auf dem Weltmarkt vollständig ausgeschaltet sehen."

Ueber die Zweckmäßigkeit der Zwangsbewirtschaftung des Leders beziehen unter den beteiligten Interessentenkreisen sehr verschiedene Ansichten. Wir erinnern nur an die diesbezüglichen Differenzen, die im Vorjahre zwischen der Vereinigung der Berliner Lederwarenfabrikanten und der Vereinigung der Lederwaren- und Keilseilfabrikanten in Offenbach a. M. bestanden. Während damals die Berliner Fabrikantengruppe in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsamt verlangte, daß die staatliche Lederverteilung auch nach Friedensschluß unbedingt solange beibehalten wird, bis der Lederwarenindustrie einermöglichen genügende Ledervorräte zur Verfügung stehen, stellte die Offenbacher Gruppe an das gleiche Amt die Forderung, von einer Kontingentierung des gesamten Heimlebers überhaupt abzusehen.

Wir haben damals schon dazu unsere Ansicht dahingehend geäußert (Nr. 33 der „Buchbinder-Zeitung“ 1918), daß diese Frage für unseren Beruf nicht ohne Bedeutung ist, weil bei der Verteilung des freigegebenen Heimlebers auch die Buchbinder-, Stuhls-, Kartonnagen- und Ledergerbereibetriebe sehr stark interessiert sind. Bei dem äußerst beschränkten Angebot von Heimleder müßte der freie Wettbewerb zweifellos zu sehr hohen Preisen führen, wodurch nur den wenigen kapitalstärkigen Unternehmern ein dauerndes Bruttoerlöß geschaffen, den in der übergroßen Mehrzahl bestehenden mittleren und Kleinbetrieben aber infolge Materialmangels die Existenz unterbunden würde. Wir waren daher damals schon der Meinung, daß während der Kriegsjahre und der Zeit der Ubergangswirtschaft, d. h. solange nicht genügend Leder vorhanden ist, das wenige Leder verhältnismäßig und unter beschwöcherlicher Kontrolle verteilt werden muß. Zugleich unterstützen wir die Forderung der „Sattler- und Portefeulier-Vereinigung“, daß das Reichswirtschaftsamt vor seiner Entscheidung in dieser Sache auch einen Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen der Lederwarenindustrie hören sollte.

Ob letzteres geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir müssen aber leider feststellen, daß bei der durch die Reichsleiderstelle erfolgenden Verteilung des Heimlebers an die einzelnen Industriegruppen gleichfalls sehr berechtigte Klagen angbracht sind. Während von dieser Verteilungsstelle der Verband der Portefeulier-Fabrikanten mit Leder beliefert wird, wird den Betrieben der Stuhlfabrikation eine Belieferung mit Leder trotz erfolgter Eingabe des Verbandes der Lederfabrikanten Deutschlands immer noch verweigert. Das halten auch wir für ein außerordentliches Unrecht. Da in den Betrieben der Stuhlbranche tatsächlich ein großer Mangel an Stuhlleider herrscht, wodurch gerade die besseren, gutlohnenden Aufträge vielfach nicht ausgeführt werden können, muß in dieser Branche mit noch weit größerer Arbeitslosigkeit wie bisher gerechnet werden, wenn nicht schnellstens Abhilfe geschaffen und der Eingabe des Verbandes der Stuhlfabrikanten entsprochen wird. Eine Ungerechtigkeits tritt auch besonders dadurch noch in Erscheinung, daß es eine größere Anzahl von Betrieben der Portefeulierbranche gibt, die neben den Portefeulierwaren auch Stuhlleider fertigen. Diese sind dadurch, daß sie von der Reichsleiderstelle mit Heimleder beliefert werden, natürlich auch den reinen Stuhlbetrieben gegenüber bedeutend im Vorteil, solange letzteren das Leder vorenthalten bleibt.

### Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Leders.

Im volkswirtschaftlichen Anschau der Nationsoberkommission ist die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für die Lederindustrie nun doch beschlossen worden. Mit großer Eile wurde dieser in später Stunde gefasste Beschluß von den Interessenten der freien Wirtschaft weiterverbreitet. Dieser Beschluß eines Untersuchungsamtes bedeutet noch nicht die Aufhebung selbst, sondern bedarf erst noch der Bestätigung durch die Regierung, seine so überaus eilige Weiterverbreitung wird eine betrieblige Steigerung der auf dem Gebiete der Zwangsbewirtschaftung bereits vorhandenen Mißstände zu Folge haben, daß die Aufrechterhaltung der bestehenden Bestimmungen hinsichtlich gegenstandslos geworden ist.

Dem Anschau für die Lederbewirtschaftung lagen in seiner Sitzung, von Simon-Münsterberg, weiter ausgeführt, durch die sozialdemokratische Fraktion

des Ausschusses, Anträge vor, die auf eine Befreiung des Schleichhandels und Preisregulierung der auf diesem Wege erworbenen Gegenstände abzielten. Von derselben Seite war ferner beantragt, ebenfalls der Lederindustrie ein bestimmtes Einfuhrkontingent zur Verfügung zu stellen, Abgeordneter Rosenbluth hatte Aufhebung der Höchstpreise und freie Einfuhr vorschlagen, doch verfielen alle diese Anträge der Ablehnung. Mit nur 16 gegen 12 Stimmen faßte dann der Ausschuß folgenden Beschluß:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Ledergerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgleichen die von Lederfabriken und Lederwaren. Bis auf weiteres ist die Einfuhr von Schuhen auf Gebrauchs Schuhwerk zu beschränken. Anderes Schuhwerk darf nicht eingeführt werden.

2. Die Zwangsbewirtschaftung für Häute, Wolle, Ledergerbstoffe, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzugeben, soweit in diesen Beschlüssen nicht anderes bestimmt ist.

3. Die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Ledergerbstoffen usw. sind an die bisher Bezugsberechtigten öffentlich zu verkaufen. Der daraus erzielte Gewinn ist nur zur besseren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk zu verwenden. Die noch im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen, aber zur Verteilung an das Handwerk bestimmten Lederwaren sind zum bisherigen Höchstpreis zu verteilten.

4. Die an der Lederzwangsbewirtschaftung beteiligten Wirtschaftskreise haben von dem sich ergebenden Konjunkturgewinn 60 v. H. zur Verbilligung des Schuhzeuges der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen.

5. Die Regierung zu ersuchen, dem volkswirtschaftlichen Ausschuss alsbald eine Verordnung auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes zur Durchführung der obigen Entschlüsse vorzulegen.

Es ist also im Ausschuss für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung eine recht knappe Mehrheit vorhanden, der neue Wirtschaftsminister stellte zudem in Aussicht, ehe er eine Entscheidung treffe, erst noch einmal jene Mehrheit zu hören, die sich im Zentralausschuß der Lederwirtschaft gegen die Wiedererrichtung der vollkommen freien Wirtschaft erklärt hat.

Stimmt die Regierung der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung zu, dann muß dies unter Vorbedingungen geschehen, die ohne Verwertung eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Schuhzeug und die gleichmäßige Beschäftigung der Lederindustrie gewährleisten. Das sind die Hauptpunkte, auf die es ankommt. Die unter Biffer 3 vorgezeichnete Verwendung des etwaigen Konjunkturgewinns zugunsten einer besseren Schuhversorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist ziemlich belanglos, da es sich in diesem Falle nur um den Gewinn aus den Beständen handelt. Man weiß ja, was von der Erhaltung solcher Konjunkturgewinne zu halten ist.

### Abbau der Zwangsbewirtschaftung.

Es wird hohe Zeit, mindestens den Einfuhrhandel nach Möglichkeit von den Fesseln der Zwangsbewirtschaftung zu befreien, um dem Preiswucher und der Lebensnotleidenschaft die Grundlagen zu entziehen und so die allmähliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeiführen zu können. Die Konjunkturgenossenchaften haben seit langem darauf gedrängt, daß so verfahren werde. Schon vor Aufhebung der Blockade waren die Zustände einfach unhaltbar geworden. Während man die Einfuhrstrafen in der Theorie aufrechterhielt und es dem soliden Handel, vor allem auch den Genossenschaften, unmöglich machte, dringend benötigte Rohstoffe und Genussmittel zu angemessenen Preisen zu beschaffen und zu verteilen, war es den mehr oder minder untauglichen Elementen, die heute den freien Handel in Mißtraut bringen, ein leichtes, solche Waren in erheblichen Mengen hereinzuholen und zu doppeltem und dreifachem Preis abzugeben.

Die Zentren der Gewerkschaften und Konjunkturgenossenschaften sind schon seit längerer Zeit bemüht gewesen, den Preisabbau herbeizuführen. Die beiden genannten Zentren geben nun folgende gemeinsame Erklärung ab, die inwieweit inhaltlich auch vom Reichswirtschafts- und Ernährungsminister gutstimmend entgegengenommen wurde:

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Zentralverband deutscher Konjunkturgenossenschaften und die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konjunkturgenossenschaften mit beschränkter Haftung sind der Ansicht, daß nach Aufhebung der Blockade die Zwangsbewirtschaftung hinsichtlich der Einfuhr von Rohstoffen und notwendigen Genussmitteln und Nahrungsmitteln abgebaut wird. Durch die zunächst fortzusetzende Freigabe der Einfuhr wird die Bewahrung des Volkes durch den Schleichhandel zurückgedrängt, die Wiederbeschäftigung unserer Bevölkerung beschleunigt, der Warenexport ermöglicht und auf die deutsche Baluta günstig eingewirkt.

Für die Einfuhr der genannten Waren fordert der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund die weitestgehende Entfaltung der genossenschaftlichen Organisationen, um so deren preisregulierende Tendenz im Einzelhandel wirksam zu machen.

Für die Einfuhr von Fertigfabrikaten einschließend der als Genussmittel geltenden Tabakfabrikate ist auf allgemeinen wirtschaftlichen Gründen Beschränkung nach wie vor erforderlich. Soweit Fertigfabrikate zur Einfuhr gelangen, muß im Interesse einer schnelleren Gesundung unserer heimischen Volkswirtschaft verlangt werden, daß stets in der gleichen Höhe des Wertes der Fertigfabrikate Rohstoffe aus dem Ausland eingeführt werden.

Die Freigabe der Einfuhr bedingt bis auf weiteres eine planmäßige Kontrolle. Das gilt auch hinsichtlich der Ausfuhr. Die Kontrolle soll ausgebaut werden in Rücksicht auf den einheimischen Bedarf, auf Baluta, Schiffsaum und Preisbildung im Inlande. Die Verbraucherorganisationen sind zur Mitwirkung heranzuziehen.

Wir hoffen, daß nun mit aller Beschleunigung die hier ausgesprochenen Wünsche erfüllt werden. Wird so erst einmal mit tauglichen Mitteln der Abbau begonnen, dann werden auch nach und nach die Quellen der berechtigten Unzufriedenheit weiterer Kreise verstopft werden. Die Regelung der Versorgung wird sich bei annähernd genügendem volkswirtschaftlichem Markt weit einfacher gestalten, eine lärmende bürokratischer Verlegenheitsmaßnahmen wird fallen und die planmäßige Bedarfdeckung, bei der die Konsumgenossenschaften wieder ihre preisregulierende Tätigkeit voll aufnehmen können, wird zum Segen des Volkes einsetzten können.

### Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Die folgende Notiz wird uns vom Reichsarbeitsministerium zur Veröffentlichung überwiehen.

Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langamer Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handele sich bei der Verbindlichkeitsklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenklichsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für die selbst verbindliche Kraft befristet. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwingend auf den ganzen Berufsreis erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragsabschluss nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine mögliche Beschleunigung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnelleren Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragsstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.

2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.

3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.

4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Änderungen oder Ergänzungen beigelegt werden. Die Beifügung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.



6. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Festhaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. tatsächliche Neuierungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerbeinspektionen, Vorlage von Mitgliederverzeichnissen und ähnliche Nachweise in Frage.

Ein Weg zum graphischen Industrieverband.

In letzter Zeit ist der Ruf in unsern Berufs-kreisen nach einem graphischen Industrieverband wieder allgemein geworden. Verbandstage, Konferenzen und die „Buchbinder-Zeitung“ haben sich genügend mit dieser Sache beschäftigt. Warum kommen wir zu einer solchen Gemeinschaft nicht? Liegt es an den Vorständen, an den Führern, daß dieser allgemeine Ruf im Lager der Buchdrucker keinen Anklang findet und gar keine Neigung vorhanden ist, auch nur im großen und ganzen in eine Arbeitsgemeinschaft mit unsern Zunftgenossen zu treten?

Sehen wir doch mal der Sache nach. Kollegen. Klagen und Nutzen nützt uns nichts, und der Verbandsvorstand kann auch diese Klagen nicht allein einreichen, dazu bedarf es der Mitarbeit aller Berufs-kollegen. Arbeit, Organisations- und Agitationsarbeit muß der erste Hammer Schlag zu dieser Sache sein. Unser Verband hat wohl an Mitgliedern zuzunehmen, ganz gewaltig sogar, aber, haben wir im Deutschen Reich nur 13 000 Buchbindergehilfen, die wir organisiert haben, wo sind die anderen? — Die stehen abseits und diese müssen erst dem Verband zugeführt werden. Diese Kollegen sind es auch, die dem Buchbindergehilfen Schmutzkonkurrenz machen. Sehen wir doch mal den „Leichen-Anzeiger“ uns Woche für Woche durch, diese Stellenangebote bezeichnen geradezu den Buchbinder als Schmutzkonkurrenz gegenüber dem Buchdrucker. Da finden wir Bewerbe, Buchbinder als tüchtigen Maschinenbauer und Drucker, „Buchbinder, der an der Schnellpresse unbedingt firm sein muß“, Buchbinder, der alles mögliche und unmögliche verstehen muß und nebenbei auch so ein bißchen Buchbindern kann. Kollegen, wie würden wir wohl über die Buchdrucker schimpfen, wenn diese in einer solchen Art unseren Beruf schädigten. Der Arbeiter, welcher Buchbinder zu Sch- und Druckerarbeiten beschäftigt, will doch nur eine billige Arbeitskraft haben, um dem tariflichen Lohn der Buchdrucker aus dem Wege zu gehen. Hier ist der Hafen, Kollegen, warum wir keine Arbeitsgemeinschaft bekommen, wir selbst sind das Hemmnis. Unser Beruf, unsere Organisation hat es nicht verstanden, wie der Buchdrucker, einen ausgeprägten Charakter anzunehmen, und hieran scheitert alles. Versuchen wir auf unsere Kollegen einzuwirken, damit wir nicht mehr dem Buchdrucker gegenüber als Schmutzkonkurrenz gelten und organisieren wir diese Kollegen in den Kleinbetrieben überall und wo es uns möglich ist. Weisen wir diese und noch andere Geschwätze aus unserem Beruf heraus und die Verschmelzung und das Aufgehen der verwandten und voneinander abhängenden Berufe kommt.

Erst müssen wir stark werden, unsere Reihen organisieren und uns einen Reichstarif schaffen, auf diesem Wege kommen wir dann auch zu einer Arbeitsgemeinschaft — zu einem graphischen Industrieverband.

Wittenberg. R. Schwarz.

Berichte.

Wiesbaden. In unserer Generalversammlung am 27. Juli gab an Stelle des Kollegen Herrst, welcher als Delegierter am Verbandstag teilnimmt, der Kollege Hoff den Geschäftsbericht vom 2. Quartal. In das abgelaufene Quartal für die Verwaltung war ein arbeitsreiches gewesen, so ist es andererseits auch ein erfolgreiches zu nennen. Die Mitgliederzunahme betrug 221 und sind 563 Mitglieder, davon 361 weibliche, vorhanden. Eine Anzahl Sitzungen und Versammlungen sowie Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern waren erforderlich, um die Kollegenchaft in bezug auf Einhaltung unserer Tarifbedingungen zu ihrem Recht zu verhelfen. Von einzelnen Arbeitgebern wird immer wieder versucht, auf anderem Schleichwege uns unsere Erwerbschancen freizig zu machen. Ueber die Teuerungszulagen-Bewegung, welche zum ersten Mal in Wiesbaden zu einem Streit der gesamten Kollegenchaft führte, ist schon ausführlich in Nr. 27 vom 20. Juni berichtet worden.

Der Klassenbericht bezieht sich bei der Hauptklasse mit 4820,56 M. für Arbeitslosigkeit, vorwiegend hervorgerufen wegen Kohlenmangels, wurden 581

Mark vorausgibt. In der Lokalkasse ist ein Bestand von 1912,02 M. vorhanden. Zum Ablauf unseres Tarifs im Herbst wurde nach lebhafter Aussprache beschloffen, denselben zu kündigen und der Zeit entsprechend auszubauen. Ein Antrag von der Ortsverwaltung des Christlichen graphischen Verbandes, daß dieser als gleichberechtigter Kontrahent bei den Verhandlungen zum Neubeschluß des Tarifs von uns mit hinzugezogen werden sollte, wurde abgelehnt, nachdem sich herausgestellt hat, daß die hiesige Zunftstelle des Christlichen Verbandes nicht mal ein Lobend für uns in Betracht kommende Mitglieder hat. Unter Verschiedenem wurde noch beschloffen, zur Pflege der Geselligkeit am 17. August ein Ballfest mit Tanz in der Waldwirtschaft Emslingen zu veranstalten.

Heidelberg. Die Zunftstelle Heidelberg, deren Mitgliederzahl auf 73 gestiegen ist, hielt am 2. Juni eine gutbesuchte Versammlung ab, in deren Verlauf man eine Resolution annahm, welche Teuerungszulagen von 25 M. für Hilfsarbeiter und 15 M. für Hilfsarbeiter bzw. Arbeiterinnen sowie Ferien von 3 bis 12 Tagen verlangte. Diese Forderungen wurden vom Buchbindermeisterverein rundweg abgelehnt mit der Begründung: „Schlechter Geschäftsstand“. Die Kommission machte keine Versuche mehr, direkt zu verhandeln, sondern übergab die Sache dem Schlichtungsausschuß, welcher den Termin auf den 2. Juli festsetzte. Unter Weisung unseres Gewerkschaftlichen Ausschusses kam es nun vor dem Schlichtungsausschuß zu folgenden Vereinbarungen. Teuerungszulagen werden ab 1. Juli auf die Höhe von 20 M. für Hilfsarbeiter und 10 M. für Arbeiterinnen 10 M. gewährt. Ferien nach 1 Jahr 8 Tage, nach 2 Jahren 4 Tage usw. bis zu 12 Arbeitstagen unter Fortzahlung des Lohnes. Für die Hilfsarbeiter konnten keine Ferien erzielt werden. Die Herren Druckerprinzipale erklärten bei Einreichung unserer Resolution, daß sie sich mit den Buchbindergehilfen solidarisch verhalten wollten, als aber man die Vereinbarungen bekannt wurden, erklärten sie, daß diese Vereinbarungen nicht für sie maßgebend seien und machten uns Vorschläge von 8-10 und 13 M. Teuerungszulagen, sowie Ferien bei 10jähriger Tätigkeit 6 Tage. Wir ließen uns die Höhe unter Protest auszahlen und übergaben die Angelegenheit für die Herren Druckerprinzipale separat dem Schlichtungsausschuß, welcher dann am 28. Juli die gleichen Zulagen wie für die Buchbindergehilfen festsetzte. In der Ferienfrage wurden von uns dieselben Ferien, wie die Buchdrucker sie erhalten, verlangt und auch vom Schlichtungsausschuß genehmigt. Also haben sich unsere Druckerprinzipale doch etwas verrechnet, denn sie wären mit dem Spruch für die Buchbindergehilfen weggekommen. Man kann sagen, daß wir mit diesem Resultat ein schönes Stück vorwärts gekommen sind.

Rundschau.

Gewerkschaftskonferenz in Bromberg. Seitdem der Friedensvertrag von der deutschen Regierung angenommen ist und dadurch große Teile der Ostmark an das Polenreich abgetreten wurden, herrscht auch unter den Gewerkschaftsmittgliedern eine große Aufregung mit der bangen Frage: Was wird nun aus unseren Gewerkschaftseinrichtungen? Einige halten schon allen Mut verloren, sie bezürchteten, daß nun im Zukunft die Gewerkschaften nicht mehr bestehen werden. Andere wollten sofort die Möglichkeit ergreifen, mit den Gewerkschaften in Konzeptsolen in Verbindung zu treten, ohne dabei zu bedenken, daß jeder in Konzeptsolen von einer Gewerkschaftsbewegung in unserm Sinne gar nicht zu reden ist. Im allgemeinen hat sich ja die Stimmung geändert, nachdem auf einer Vorstandskonferenz in Nürnberg der Beschluß gefaßt wurde, daß die deutschen Gewerkschaften auch fernwärts die Rechte der Mitglieder anerkennen.

Jetzt mußte unsere Aufgabe sein, schnell die notwendigen Bedingungen zu schaffen, unter denen es möglich ist, im polnischen Staate die Gewerkschaftsbewegung in unserm Sinne fortzuführen. Daß der polnische Staat es nicht zulassen würde, die Gewerkschaft der Gewerkschaften weiter mit den Zentralvorständen in Deutschland zu erledigen, war klar. Gegenwärtig kann man in der polnischen Blättern schon lesen, daß sie sich die Aufgabe stellen, den Kampf gegen den Sozialismus und allen Unkraut anzunehmen. Die Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen blafen in das gleiche Horn und wollen ihre Gewerkschaft weiter ausbauen auf christlicher und nationaler Grundlage. Die Unternehmer, Deutsche und Polen, die sich schon gefunden haben, warten nur darauf, um die längere Arbeitszeit wieder einzuführen. Es wird also die dringende Aufgabe sein, die alte Gewerkschaftsbewegung weiter auszubauen und zu betätigen, da wir im polnischen Staate eine konservative Regierung finden, die in allererster Linie die Interessen der Kapitalisten vertreten wird.

Am 20. Juli fand nun eine Konferenz statt, die zu allen diesen Fragen Stellung nahm. Die Konferenz war von rund 175 Delegierten besucht. Man war sich vollständig darin einig, erst recht fest zusammenzuhalten und alles zu tun, um das in Deutschland erklämpfte wirtschaftliche Niveau zu halten und weiter auszubauen. Nachdem der Genosse Stössel in einem Referat alle diese Fragen erörtert hatte, wurde einstimmig beschloffen, eine Zentral-Kommission mit dem Sitz in Bromberg zu wählen. Die Aufgaben der Zentral-Kommission sind: 1. Erhaltung aller Gewerkschaftsorgane und deren Vereinigung mit der Zentrale. 2. Zentralisation und Verwaltung des gesamten Massenwesens durch die Zentrale. 3. Vermittlung der mit deutschen Gewerkschaften zu erledigenden Geschäfte bis zur endgültigen Auseinandersetzung. 4. Herausgabe und Verwaltung des Gewerkschaftsorgans. 5. Die Schaffung eines Zentralgewerkschaftsbundes. Als Vorsitzender dieser Zentral-Kommission wurde Genosse Stössel und als Kassierer Genosse Knobelsohn gewählt. Dieser Vorstand hat nun die Aufgabe, die Geschäfte der einzelnen Zweigvereine vorläufig mit den Zentralvorständen zu vermitteln und weiter den Ausbau eines Gewerkschaftsbundes zu betreiben.

Der Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine. Vom 23. bis 25. Juni hielt der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg seinen 16. ordentlichen Genossenschaftstag ab. Auf ihn fielen die dunklen Schatten niederdrückender Noterregnisse. Von bald 1100 Teilnehmern besucht, durch die Anwesenheit vieler Gäste als Vertreter der Behörden und wesenverwandter Organisationen geehrt, stand der diesjährige Konsumvereinstag ganz unter dem Einbruch der förmlichen Verdrängung des bald fünf Jahre währenden Krieges. Auch die deutschen Konsumvereine sind mittelbar und unmittelbar Objekte dieses Friedensvertrages, der kaum etwas anderes sein kann als die nachdrückliche Aufforderung an unser niedergetretenes deutsches Volk, den Kampf gegen diesen Vertrag im Augenblick der Unterzeichnung zu beginnen. Es geht ein Gifthauch von diesem Friedensvertrag aus, der, abgesehen von anderem Uebel, die deutsche Wirtschaft mit Vernichtung bedroht. Unsere Konsumvereine aber wurzeln in der Wirtschaft, sie sind mit ihr auf Gedeih und Verderb verknüpft. Was in den letzten Monaten auch viel gesehen sein, was jenen Hilfe fleh, deren Ziel die Vernichtung, sicher aber die Bekräftigung der deutschen Wirtschaft ist, so steht doch fest, daß unser deutsches Volk leben will, seine Wirtschaft so wieder aufrichten will, daß mehr als ein Schatten-dasein dabei herauskommt. Dieser Wille zur Arbeit, zum Aufstieg, zur Hilfeleistung trat auf dem Genossenschaftstag unmissverständlich zutage.

Junächst allerdings galt es, Stellung zu jenen Ereignissen und Versäumnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit zu nehmen, die der Wirtschaftsführung das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellen. Die Ursachen, die zu den Ernährungs-schwierigkeiten führten, sind bekannt. Aber Dore zu werden, war die gebundene Wirtschaft notwendig. Nicht notwendig, sehr schädlich aber war dabei die Ablehnung von der Gemeinnützigkeit bis zu einem Grade, daß man den Konsumvereinen das Leben suer machte und ihre Großverkaufsgesellschaft ausschaltete. Mit dieser Haltung der Behörden gegenüber den Konsumgenossenschaftlichen Organisationen wurden die guten Wirkungen der gebundenen Wirtschaft mehr als wettgemacht. Kein Wunder, daß der Genossenschaftstag, das Parlament der organisierten Verbraucher, rückwärts die Forderung erhoben mußte, endlich einmal mit einem System zu brechen, das bei einseitiger Bevorgung des Handels die Bewucherung des Volkes herbeiführt.

Bei der Besprechung der Angelegenheiten des Internationalen Genossenschaftsbundes wurde die Notwendigkeit betont, die Verhältnisse anderer Länder kennenzulernen, um damit die Verständigung der Völker untereinander zu beginnen. Die Erkenntnis, daß der lange Krieg mit seinen Ursachen in der kapitalistischen Ordnung der Wirtschaftsverhältnisse wurzelt, bedingt die Stellung der Konsumgenossenschaftlichen von Kriegen. Die sozialistische und demokratische Bewegung der Konsumvereine weiß, daß der sogenannte Friedensvertrag gegen das deutsche Volk, gegen den deutschen Sozialismus gerichtet ist. Ihm stellen die organisierten Verbraucher ihr klares Programm zur planmäßigen Wirtschaft, ihrem in langjähriger Arbeit angewandten Sozialismus, den Sozialismus der Tat, gegenüber. Nur dieser Sozialismus, so fasste der Genossenschaftstag einstimmig seine Meinung, wird über den Geist der Gewalt siegen, den der Friedensvertrag atmet.

Ein gleich freudiges Veremnis zum Sozialismus, zur gemeinnützigsten Arbeit, war die Entschloßung des Genossenschaftstages zu dem Besatung-

gegenstände: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland“. Neuordnung unserer Wirtschaft auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus! Die Achtung vor der Ueberzeugung der anderen schafft die Möglichkeit der Mitarbeit für jedermann. Was wir bisher Volkswirtschaft nannten, war Wirtschaft einzelner auf Kosten des Volkes. Die Genossenschaften sind Wirtschaft der Allgemeinheit zu deren Nutzen und insofern ein Stück Sozialismus. Deshalb ist Förderung und Erhaltung, nicht Dämmung und Beseitigung der Genossenschaft Pflicht aller ehrlichen Freunde rasch fortschreitender sozialer Entwicklung. Dieser Pflicht nachzukommen, ist bei der geplanten Kommunalisierung Gelegenheit geboten.

Zu einer grundsätzlichen Entscheidung gelangte der Genossenschaftstag noch hinsichtlich der Tarifverträge. Hier wurde erneut festgelegt, daß die Genossenschaften auch in Zukunft bestrebt sein werden, die Vorbildlichkeit der Arbeitsbedingungen im mutigen Vorangehen der Genossenschaften hinsichtlich hygienischer Einrichtungen und sozialer Fürsorge zum Ausdruck zu bringen.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände waren mehr geschäftlicher Natur. Auch die sich anschließenden Generalversammlungen der Großeinkaufsgesellschaft und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine erlebten zum meist rein geschäftliche Angelegenheiten. Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft beschloß die Erhöhung des Stammkapitals bis 15 Mill.

Mark, womit die Möglichkeit zu weiteren großen Schritten nach vorwärts, besonders im Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion, gegeben ist.

Der diesjährige Genossenschaftstag zeigte die Bereitwilligkeit der Konsumvereine, an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuarbeiten. Auch in Zukunft werden die Konsumvereine Schrittmacher für den sozialen Fortschritt sein. Wähten alle, die es angeht, die gleiche Bereitwilligkeit zu gegenwärtiger Arbeit zeigen. Die Zeit muß hinter uns liegen, wo böser Wille und mangelnde Einsicht die Bewegung der Verbraucher hinderten, das ganze Raß an Können in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Das Volk und seine Leitung müssen, je schneller, desto besser die Gemeinnützigkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung erkennen und sich ihrer als machtvolleres Mittel zur Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bedienen.

**Abrechnungen**

vom 2. Quartal gingen bis zum 4. August bei der Verbandsklasse ein von: Berlin mit 840 M., Gau 2 — M., Gau 5 900 M., Aschersleben 2000 M., Bremen 1000 M., Lübeck — M., Rüttingen-Wehlmsleben 185 M., Wieselau 1250 M., Gildesheim — M., Arnstadt 500 M., Erfurt 1050 M., Gotha 247,94 M., Gera — M., Rudolstadt 50 M., Gau 10 2660,63 M., Barmen-Aberfeld 8600

Markt, Bochum — M., Dortmund 800 M., Düren — M., Duisburg-Ruhrort 250 M., Essen 1100 M., Köln 168,88 M., Arefeld — M., Solingen-Wald 800 M., Frankfurt a. M.-Offenbach — M., Darmstadt — M., Frier — M., Gau 13 — M., Grimma 400 M., Annaberg-Buchholz 4600 M., Chemnitz — M., Dresden 16000 M., Plauen 400 M., Rittau 750 M., Karlsruhe 500 M., Kempten — M., Trofingen 2000 M., Regensburg 206,80 M. und Schweinfurt 100 M.  
J. B. B. Greve.

**Adressenänderungen.**

Abreffen der Bevollmächtigten und der Kassierer.  
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Darmstadt. B.: Karl Richter, Gartenstr. 18 pt. K.: E. Köhler, Kossbergstr. 53.

Ebersbach-Neugersdorf. B.: G. Hauswald, Ebersbach i. Sa., Spreestr. Nr. 981. K.: E. Gärtner, Ebersbach i. Sa., Nr. 798.

Essen (Ruhr). B.: G. Schmedtner, Essen-Mittenscheid, Karllinenstr. 30 I. K.: Aug. Delonge, Blücherstraße 2.

Oldesheim. B. u. K.: G. Wensch, Schützenwiese 48 II.

Wülheim (Ruhr). B.: Joh. Rühl, Deindbed 32. K.: W. Pawlowsky, Altienstr. 223.

Kottbus. B.: M. Rutschau, Kottbus 193a, bei Kottbus. K.: Franz Wenz, Sietower Str. 89 II.

**Süchtiger Buchbinder**

der mit der Farbdruckpresse Form gut vertraut ist, sofort gesucht. Bewerber wollen Angebote über frühere Tätigkeit und Lohnforderung einreichen an **Georg Weltermann, Braunschweig.**

ca. 13 kg Leim,  
7 „ Gummi (Ar. Gummi) in Stücken  
15 m weiß Schirting,  
5 „ grau Schirting zu verkaufen.  
Angebote mit Preisangabe unter C. F. an die Expedition dieser Zeitung.

**Gebrauchte kleine Messingdrillen** zu kaufen gesucht. Angeb. u. W. 912 an **Haasenstein & Vogler, Dresden.**

**Gurt-Band**

52 mm breit, beste Qualität in größeren Mengen nach Muster abzugeben:

**Schulz & Sackur,**

Inhaber **M. Berlin**, Maschinenfabrik, Berlin D. 112, Frankfurter Allee 284.

**Berlin  
Breitestraße 4**

Arbeitsraum mit Oberlicht, ca. 100 qm (ohne Kraftanschluß) sofort zu vermieten.

**Buchbinderleinen**

offerieren vorteilhaft

**Egger & Cie., Langenthal**

(Schweiz).



**WIRIL  
Klebstoffe**

sind allen voran

*Glänzende Begutachtungen  
Geservanten von Staats- u. städt.  
Behörden, industriellen Werken  
u. der Handelswelt.*

Flüster u. 5 kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte nach!

**Chemisch-  
Technische Werke  
Willybald Richter  
Leipzig Querstr. 4/8**

Tel. 3049, 11248 \* *Telegr. Ad. Wirilwerke*

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

**Achtung!**

**Ausschneiden!**

Wer Stoffe braucht für **Herrenanzüge, Damentostüme, -Mäntel, Kleider Röcke**, verlange gegen Einsendung von 2 Mark in Briefmarken 20 verschiedene Muster. Betrag wird bei Bestellung zurückvergütet. **Verbandsmitglieder erhalten 10 Proz. Rabatt.**

**J. Röthgen, Tuchhandlung, Lippstadt i. W.**

**Buchbindermeister**

für Berl. Großbuchbinderei zu sofort oder später gesucht.

Es kommt nur eine Persönlichkeit in Frage, die mit allen Buchbinderarbeiten von feinsten Spezialausführung bis zur Massenproduktion vollkommen vertraut ist und ähnliche Stellungen schon in großen Häusern bekleidet hat.

Offerten unter Gr. 130 an die Expedition dieses Blattes.



**Zellstoff**

besten Qualität zum Einbinden v. Geschäftsbüchern u. für sonstige haltbare Einbände jeglicher Art, naturfarben 100 cm breit 4 b., — pro Meter ab Potsdam rein netto Kasse bei Erh.

**Deutsche Kolonial-Werke, Potsdam.**

**Anzeigen** finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingefandt ist.